Deutschland wählt - was zählt für Sie?



Schwerpunkt Migration Die wichtigsten Ergebnisse:

- Mehrheit gibt an: <u>Wahlentscheidung werde ihnen</u> eher leicht fallen.
- Großteil wünscht sich <u>stärkere Begrenzung des Asyl-</u> <u>Zuzugs</u> durch die EU
- Jedem Dritten gehen <u>Pläne für Asyl-Verfahren an EU-</u> <u>Außengrenzen nicht weit genug</u>
- <u>Mehrheit vermisst kontrollfreien Schengen-Raum</u> nicht
- <u>Jüngere wollen ein binnengrenzfreies Europa häufiger</u> <u>zurück</u> als ältere Befragte
- MDRfragt-Gemeinschaft <u>präferiert Aufhalten von</u>
 Asylsuchenden an EU-Außengrenzen vor nationaler
 deutscher Lösung
- Jede und jeder Dritte fürchtet, die aktuelle Migrations-Debatte könnte Arbeitskräfte ohne deutschen Pass abschrecken

Laufzeit: 17. bis 20. Januar 2025;

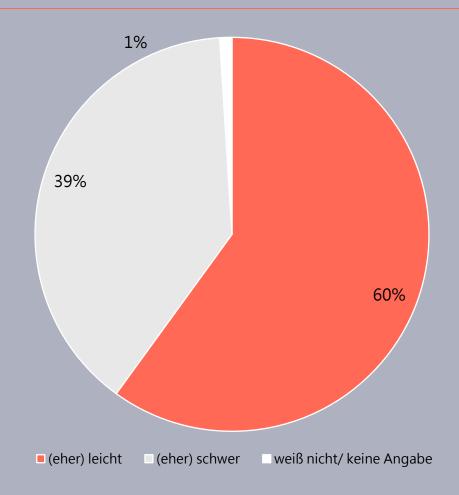
26.442 Teilnehmende, davon 13.562 aus Sachsen, 6.463 aus Sachsen-Anhalt und 6.417 aus Thüringen.



Mehrheit gibt an, ihr falle Wahlentscheidung eher leicht



Frage: Es sind noch knapp vier Wochen bis zur vorgezogenen Bundestagswahl. Haben Sie das Gefühl, Ihnen persönlich wird es dieses Mal leicht oder schwer fallen, eine Wahlentscheidung zu treffen?



Die vorgezogenen Bundestagswahlen verkürzen den Wahlkampf und die Zeit, um sich zu überlegen, welche Partei man wählen will.

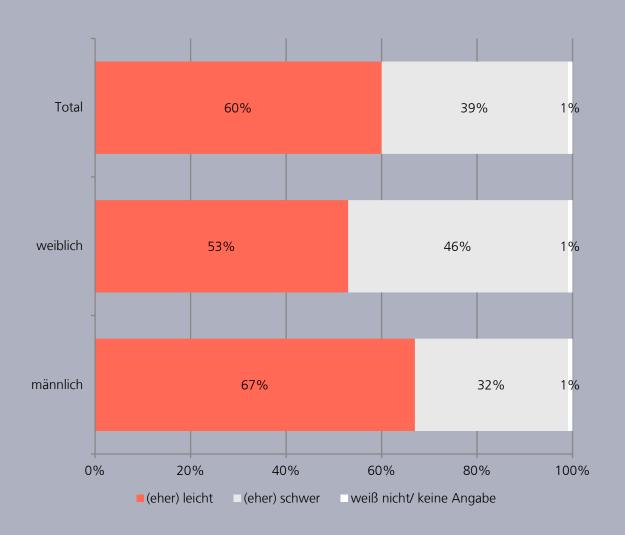
Im MDRfragt-Meinungsbild rund fünf Wochen vor dem Wahltermin geben sechs von zehn Befragten (60 Prozent) an, ihnen werde die Wahlentscheidung dieses Mal eher leicht fallen.

Vier von zehn Befragten haben das Gefühl, das wird für sie eher eine schwierige Entscheidung.

Männer geben häufiger an, Wahlentscheidung falle ihnen leicht



Frage: Es sind noch knapp vier Wochen bis zur vorgezogenen Bundestagswahl. Haben Sie das Gefühl, Ihnen persönlich wird es dieses Mal leicht oder schwer fallen, eine Wahlentscheidung zu treffen? **(Auswertung nach Geschlecht)**



Mit Blick auf die Untergruppen zeigt sich: In der MDRfragt-Gemeinschaft sind die Männer eher der Ansicht, ihnen werde die Wahlentscheidung leicht fallen als Frauen.

Konkret gaben zwei Drittel der Männer an, ihnen werde die Wahlentscheidung dieses Mal leicht oder eher leicht fallen. Bei den Frauen sagt das gut jede Zweite.



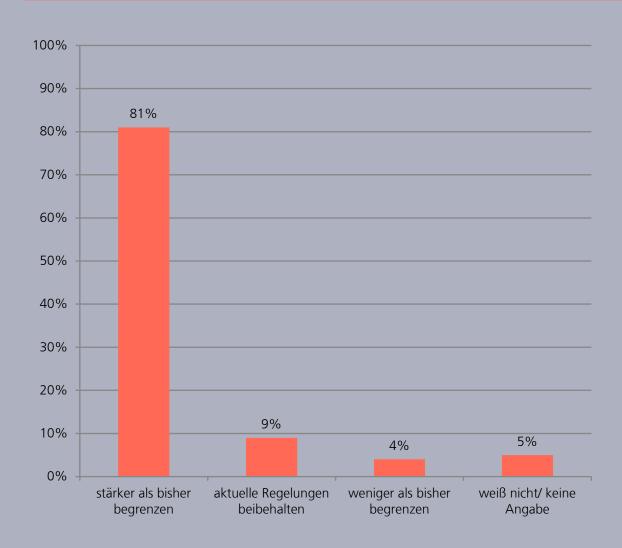
Schwerpunkt Migration







Frage: Mit Blick auf die bisherige Vorgehensweise: Wie sollte die Europäische Union die Zahl der Asylsuchenden künftig steuern?

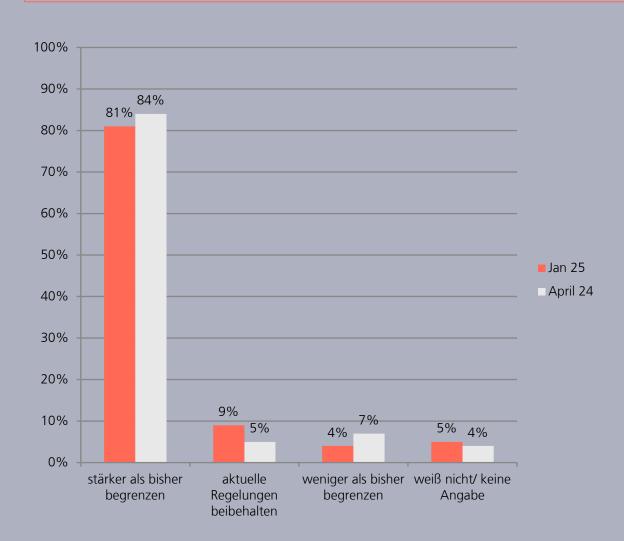


- Die Europäische Union bereitet gerade die Umsetzung des neuen Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, kurz Geas, vor. Mit dem als Asylkompromiss bekannt gewordenen Paket will die EU ab kommendem Jahr die Asylmigration besser steuern und stärker begrenzen.
- Aus Sicht der MDRfragt-Gemeinschaft ist das auch notwendig: Vier von fünf Befragten wünschen sich, dass die EU die Zahl der Asylsuchenden stärker als bisher begrenzt.
- Eine von zehn Befragten würde die aktuell geltenden Regeln gern beibehalten.
- Weniger als eine von 20 Befragten würde die Zahl der Asylsuchenden gern weniger als bisher begrenzen.

Nur geringe Verschiebung Stimmungsbild im Jahres-Vergleich FRAGT



Frage: Mit Blick auf die bisherige Vorgehensweise: Wie sollte die Europäische Union die Zahl der Asylsuchenden künftig steuern? (Vergleich mit Ergebnis MDRfragt-Stimmungsbild April 2024)

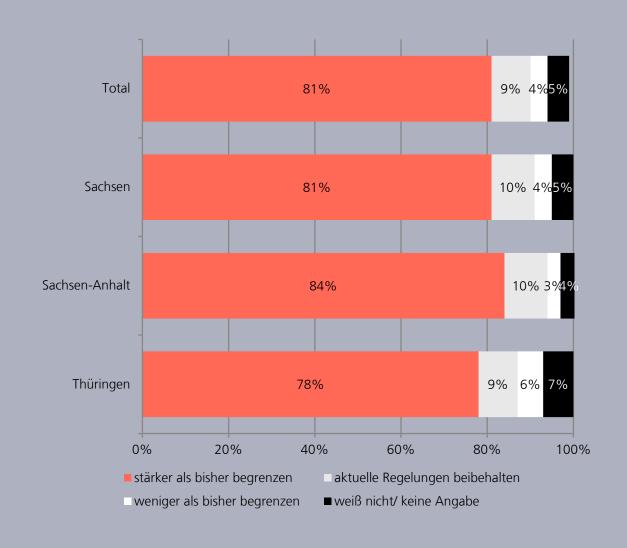


- Das gewünschte Maß bei der Steuerung des Asyl-Zuzugs durch die Europäische Union wurde bei MDRfragt schon einmal abgefragt.
- Im April vergangenen Jahres waren die Meinungstendenzen sehr ähnlich, die Verschiebungen sind graduell.
- So ist auf niedrigem Niveau der Anteil derjenigen leicht gestiegen, die die aktuellen Regeln beibehalten wollen. Umgekehrt ist der Anteil derjenigen gesunken, die die aktuellen Begrenzungen tendenziell lockern würden.
- Damals wie heute sagt ein Großteil der Befragten: Die EU sollte die Zahl von Asylsuchenden stärker als bisher begrenzen.

Bundesländer-Vergleich: Migration stärker begrenzen



Frage: Mit Blick auf die bisherige Vorgehensweise: Wie sollte die Europäische Union die Zahl der Asylsuchenden künftig steuern? (Auswertung nach Bundesländern)



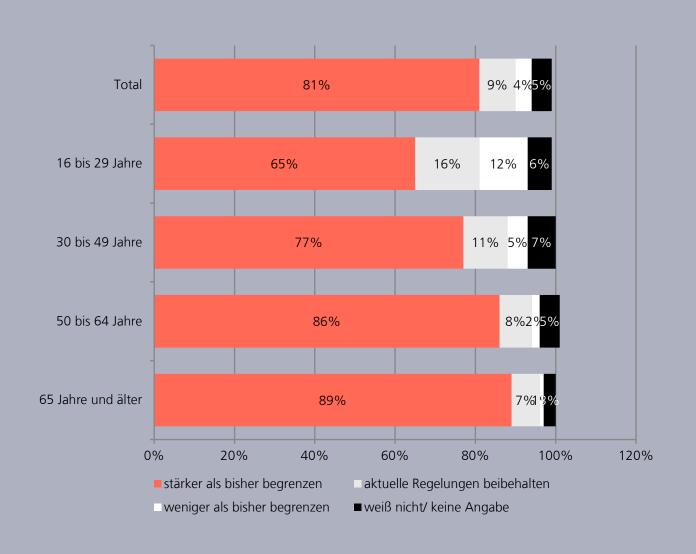
Im MDRfragt-Stimmungsbild zeigt sich: In allen Ländern des MDR-Sendegebietes haben viele Menschen den Wunsch, dass die EU Migration stärker begrenzt als bisher.

Dabei ist der Wunsch nach stärkerer Begrenzung in Sachsen-Anhalt (84 Prozent) noch etwas stärker ausgeprägt als in Thüringen (78 Prozent). Die Zustimmung in der sächsischen MDRfragt-Gemeinschaft liegt dazwischen (81 Prozent)

Je älter, desto größer der Wunsch nach Begrenzung



Frage: Mit Blick auf die bisherige Vorgehensweise: Wie sollte die Europäische Union die Zahl der Asylsuchenden künftig steuern? (Zustimmung nach Altersgruppen)



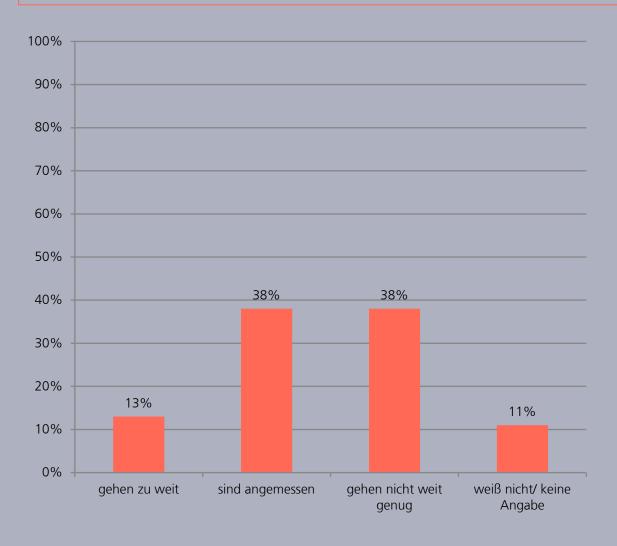
Je älter die Befragten sind, desto größer ist im MDRfragt-Stimmungsbild der Wunsch, die EU möge Migration stärker als bisher begrenzen. Während sich bei den Unter-30-Jährigen zwei Drittel (65 Prozent) eine stärkere Begrenzung der Zahl von Asylsuchenden wünschen, sind es bei den Über-65-Jährigen fast alle (89 Prozent).

Umgekehrt wünschen sich bei den Unter-30-Jährigen mehr als jede und jeder Zehnte (12 Prozent), dass die EU die Zahl der Asylsuchenden weniger als bisher begrenzt. Bei den Über-65-Jährigen liegt dieser Anteil bei einem von 100 Befragten (1 Prozent).

Ein Drittel geht EU-Pläne mit Grenzverfahren nicht weit genug



Frage: Auf EU-Ebene gelang vergangenes Jahr eine Neuregelung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Ab Mitte 2026 soll es in Kraft treten. Ein Ziel: Asylsuchende aus Ländern mit geringen Chancen auf Asyl sollen in Grenzlagern innerhalb von drei Monaten ein Verfahren durchlaufen. Befürworter argumentieren, damit könnten Nicht-Schutzberechtigte schneller wieder abgeschoben werden. Kritiker sagen, dass Betroffene in den Grenzlagern faktisch inhaftiert werden. Wie finden Sie die Pläne für Grenzlager und Asylverfahren an den EU-Außengrenzen?

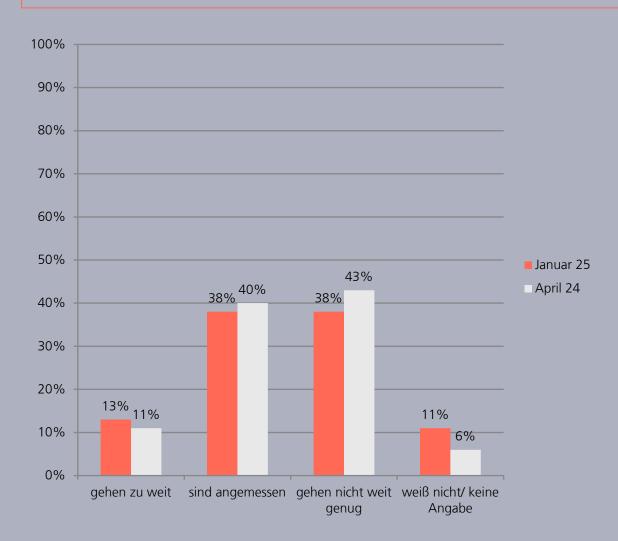


- Apropos Gemeinsames Europäisches Asylsystem: Ein Kernpunkt des geplanten neuen Vorgehens ist es, Asylverfahren künftig in Lagern an den EU-Außengrenzen einzuführen.
- Bei MDRfragt stößt dieser Vorschlag grundsätzlich erst einmal auf viel Zustimmung. Nur gut jede und jeder Zehnte findet, diese Pläne gehen zu weit.
- Knapp vier von zehn Befragten finden, die Pläne seien angemessen.
- Und ebenso groß ist der Anteil derjenigen, die finden, diese Pläne gehen nicht weit genug.
- Jede und jeder Zehnte positioniert sich in dieser Frage nicht.

Jahres-Vergleich: Rückgang Anteil "Grenzverfahrens-Pläne gehen nicht weit genug"



Frage: Auf EU-Ebene gelang vergangenes Jahr eine Neuregelung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Ab Mitte 2026 soll es in Kraft treten. Ein Ziel: Asylsuchende aus Ländern mit geringen Chancen auf Asyl sollen in Grenzlagern innerhalb von drei Monaten ein Verfahren durchlaufen. Befürworter argumentieren, damit könnten Nicht-Schutzberechtigte schneller wieder abgeschoben werden. Kritiker sagen, dass Betroffene in den Grenzlagern faktisch inhaftiert werden. Wie finden Sie die Pläne für Grenzlager und Asylverfahren an den EU-Außengrenzen? **(Vergleich mit Ergebnissen MDRfragt-Stimmungsbild von April 2024)**

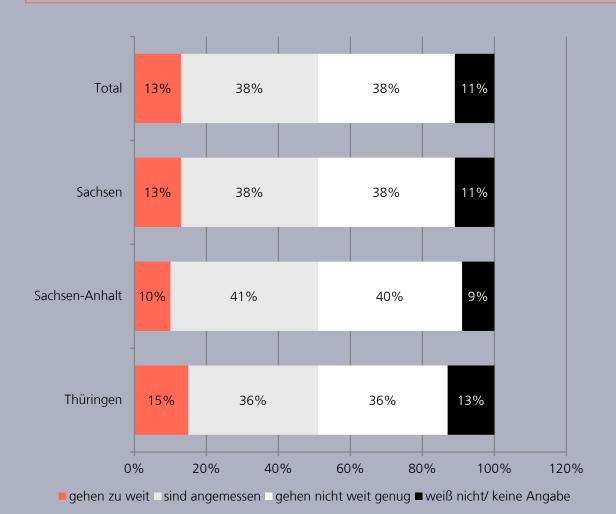


- Im Vergleich zum letzten MDRfragt-Stimmungsbild zu diesem Thema zeigt sich: Die Meinungstendenzen bleiben die gleichen, es gibt nur graduelle Veränderungen.
- So lag im April 2024 noch das Lager derjenigen in der MDRfragt-Gemeinschaft knapp vorn, denen die EU-Pläne für Asyl-Grenzverfahren nicht weit genug gingen. Jetzt erreicht diese Position den gleichen Anteil wie die, dass die aktuellen Regelungen angemessen sind.
- Gleichzeitig ist der Anteil derjenigen gestiegen, die sich in dieser Frage nicht positionieren.

Bundesländer-Vergleich: Blick auf EU-Grenzverfahren



Frage: Auf EU-Ebene gelang vergangenes Jahr eine Neuregelung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Ab Mitte 2026 soll es in Kraft treten. Ein Ziel: Asylsuchende aus Ländern mit geringen Chancen auf Asyl sollen in Grenzlagern innerhalb von drei Monaten ein Verfahren durchlaufen. Befürworter argumentieren, damit könnten Nicht-Schutzberechtigte schneller wieder abgeschoben werden. Kritiker sagen, dass Betroffene in den Grenzlagern faktisch inhaftiert werden. Wie finden Sie die Pläne für Grenzlager und Asylverfahren an den EU-Außengrenzen? (Auswertung nach Bundesland)



Mit Blick auf die Stimmungen in den einzelnen Bundesländern zeigt sich:

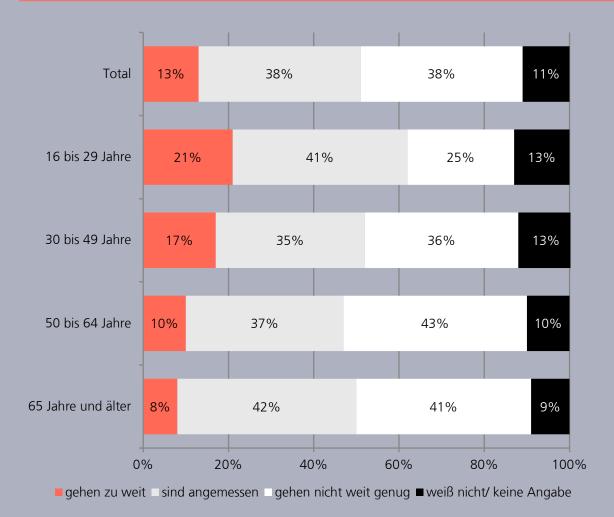
In der sächsischen MDRfragt-Gemeinschaft gibt es genauso viele Befragte, die es angemessen finden, dass es Lager an den EU-Außengrenzen für die Asylverfahren gibt (38 Prozent) wie es Befragte gibt, denen diese Pläne noch nicht weit genug gehen (38 Prozent). Nur etwas mehr als jede und jeder zehnte sächsische Befragte (13 Prozent) findet, die Pläne gehen zu weit.

In der sachsen-anhaltischen MDRfragt-Gemeinschaft

Jüngeren Befragten gehen EU-Grenzverfahren eher zu weit



Frage: Auf EU-Ebene gelang vergangenes Jahr eine Neuregelung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Ab Mitte 2026 soll es in Kraft treten. Ein Ziel: Asylsuchende aus Ländern mit geringen Chancen auf Asyl sollen in Grenzlagern innerhalb von drei Monaten ein Verfahren durchlaufen. Befürworter argumentieren, damit könnten Nicht-Schutzberechtigte schneller wieder abgeschoben werden. Kritiker sagen, dass Betroffene in den Grenzlagern faktisch inhaftiert werden. Wie finden Sie die Pläne für Grenzlager und Asylverfahren an den EU-Außengrenzen? **(Auswertung nach Altersgruppen)**



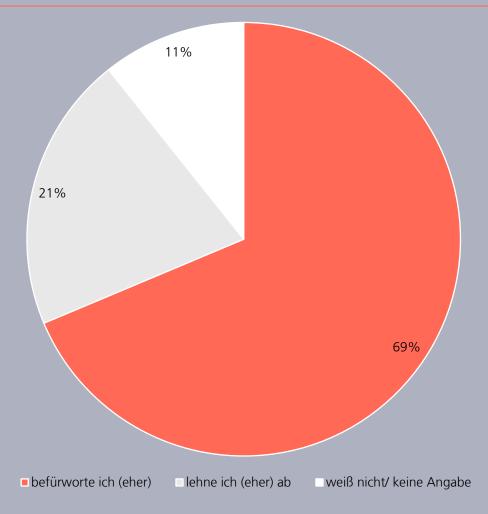
Ein Blick auf die Altersgruppen zeigt: Je jünger die Befragten im MDRfragt-Meinungsbarometer sind, desto eher gehen ihnen die EU-Pläne zu weit, Menschen in Lagern an den EU-Außengrenzen festzuhalten bis über ihren Asyl-Antrag entschieden ist. So gibt jede und jeder Fünte der Unter-30-Jährigen an, ihnen gingen diese Pläne zu weit (21 Prozent). Das sind fast drei Mal so viele wie bei den Über-65-Jährigen, wo weniger als einer von zehn Befragten diese Position einnimmt (8 Prozent).

Auch andersherum zeigen sich diese Unterschiede: So sagt bei den Unter-30-Jährigen jede und jeder Vierte, dass die EU-Pläne für Asylverfahren an den Außengrenzen nicht weit genug gehen (25 Prozent); bei den 30- bis 49-Jährigen ist es jede und jeder Dritte (36 Prozent) und bei den Altersgruppen über 50 Jahre sind es mehr als vier von zehn Befragten.

Großteil fände Auslagerung Asylverfahren gut



Frage: Italien versucht derzeit als erstes EU-Land, Asylsuchende in Lager außerhalb der EU zu bringen. Die Idee: In Lagern in Albanien soll über den Asylsuchende entschieden werden. Ist er erfolgreich, dürfen die Asylsuchenden nach Italien einreisen. Sonst nicht. Befürworter sagen, so könnte es leichter werden, erfolglose Asylsuchende in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Kritiker monieren vor allem die hohen Kosten - auch die Rechtmäßigkeit steht infrage. Mit Blick auf die Idee, Asylsuchende in Drittstaaten unterzubringen und nur bei erfolgreichem Antrag einreisen zu lassen: Wie fänden Sie es, wenn auch Deutschland Asylverfahren in Drittstaaten auslagert?

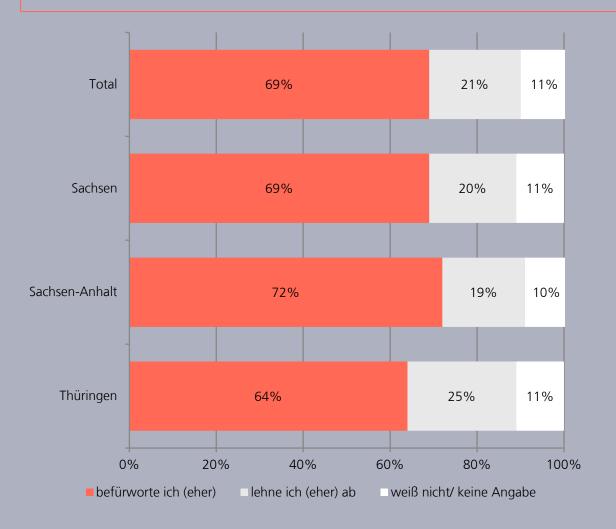


- Neben der gemeinsamen Einigung auf Asylverfahren an den EU-Außengrenzen gibt es auch noch nationale Ideen, Asylverfahren auszulagern.
- Viel diskutiert wird etwa der Plan Italiens, Asylsuchende für die Dauer des Asylverfahrens in Lager in Albanien zu bringen und nur im Falle eines erfolgreichen Asylantrags ins Land zu lassen. Der Plan funktioniert trotz mehrerer Anläufe bisher nicht wirklich, und steht wegen der hohen Kosten in der Kritik.
- In der MDRfragt-Gemeinschaft kommt der Italien-Plan gut an: Knapp sieben von zehn Befragten wären eher dafür, dass auch Deutschland Asylverfahren in Drittstaaten außerhalb der EU auslagert.
- Jede und jeder Fünfte lehnt die Idee ab oder eher ab, Asylverfahren an Drittstaaten zu delegieren.
- Jede und jeder Zehnte positionierte sich nicht.

Bundesländer-Vergleich: Blick auf Asylverfahren in Drittstaaten



Frage: Italien versucht derzeit als erstes EU-Land, Asylsuchende in Lager außerhalb der EU zu bringen. Die Idee: In Lagern in Albanien soll über den Asylantrag der Betroffenen entschieden werden. Ist er erfolgreich, dürfen die Asylsuchenden nach Italien einreisen. Sonst nicht. Befürworter sagen, so könnte es leichter werden, erfolglose Asylsuchende in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Kritiker monieren vor allem die hohen Kosten - auch die Rechtmäßigkeit steht infrage. Mit Blick auf die Idee, Asylsuchende in Drittstaaten unterzubringen und nur bei erfolgreichem Antrag einreisen zu lassen: Wie fänden Sie es, wenn auch Deutschland Asylverfahren in Drittstaaten auslagert? **(Auswertung nach Bundesländern)**



Auch wenn Italien erst noch den Beweis antreten muss, dass Asylverfahren auch außerhalb der Europäischen Union rechtssicher und zu vertretbaren Kosten umgesetzt werden können: Die Idee, Asylverfahren in Drittstaaten auszulagern, stößt in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen überall überwiegend auf Zuspruch.

Das MDRfragt-Stimmungsbild aus Sachsen ergibt: Rund sieben von zehn Befragten (69 Prozent) finden diese Idee gut, zwei von zehn Befragten lehnen sie hingegen eher ab (20 Prozent), einer von zehn Befragten positionierte sich nicht (11 Prozent).

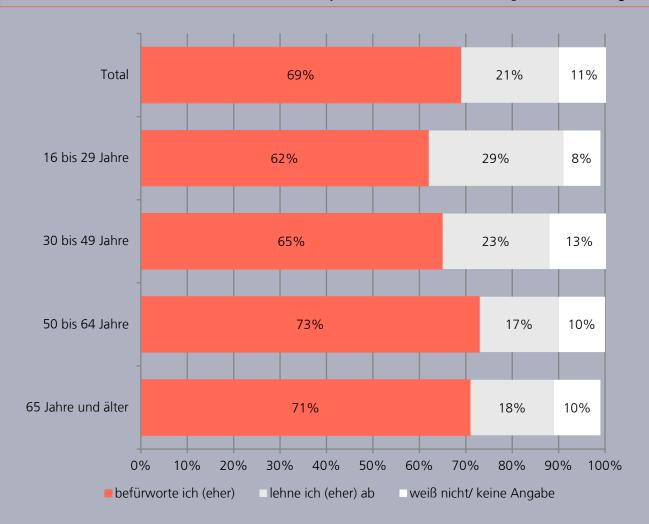
Im Stimmungsbild aus Sachsen-Anhalt zeigt sich: Mehr als sieben von zehn Befragten (72 Prozent) fänden es eher gut, wenn Asylverfahren in Drittstaaten abgewickelt werden. Rund zwei von zehn Befragten in Sachsen-Anhalt sehen das kritisch, einer von Zehn positionierte sich nicht.

Das MDRfragt-Stimmungsbild für Thüringen ergibt: Im Vergleich zu den anderen beiden Bundesländern fällt der Zuspruch zu den EU-Drittstaatenverfahren etwas geringer aus (64 Prozent). Jede und jeder Vierte blickt skeptisch darauf (25 Prozent).

Ältere noch häufiger für Asylverfahren in Drittstaaten



Frage: Italien versucht derzeit als erstes EU-Land, Asylsuchende in Lager außerhalb der EU zu bringen. Die Idee: In Lagern in Albanien soll über den Asylantrag der Betroffenen entschieden werden. Ist er erfolgreich, dürfen die Asylsuchenden nach Italien einreisen. Sonst nicht. Befürworter sagen, so könnte es leichter werden, erfolglose Asylsuchende in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Kritiker monieren vor allem die hohen Kosten - auch die Rechtmäßigkeit steht infrage. Mit Blick auf die Idee, Asylsuchende in Drittstaaten unterzubringen und nur bei erfolgreichem Antrag einreisen zu lassen: Wie fänden Sie es, wenn auch Deutschland Asylverfahren in Drittstaaten auslagert? **(Auswertung nach Altersgruppen)**



Jüngere Befragte sind etwas häufiger kritisch, wenn es darum geht, Asylverfahren in Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union auszulagern.

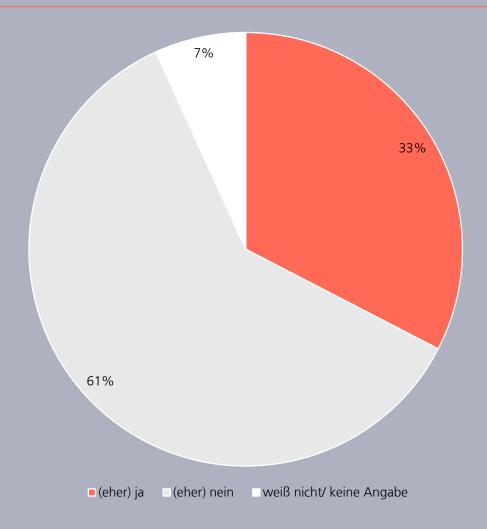
Zum Vergleich: Bei den Unter-30-Jährigen lehnt jede und jeder Dritte (29 Prozent) im MDRfragt-Stimmungsbild eine solche Maßnahme ab oder eher ab. Bei den Über-65-Jährigen ist weniger als jede und jeder Fünfte (18 Prozent) ablehnend.

Umgekehrt gilt: Während bei den Unter-30-Jährigen gut sechs von zehn Befragte die Idee befürworten Asylverfahren in Nicht-EU-Länder zu verlagern, sind es bei den Über-65-Jährigen sieben von zehn Befragten (71 Prozent).

Nur Minderheit will zu Europa ohne Binnen-Kontrollen zurück



Frage: Mehrere EU-Staaten haben wieder stationäre Grenzkontrollen eingeführt, neben Deutschland etwa Dänemark, Frankreich oder Österreich. Gleichzeitig gelten freies Reisen und freier Güterverkehr innerhalb des Schengen-Raums als große Errungenschaft in Europa. Alles in allem – wie sehen Sie das: Sollte es aus Ihrer Sicht künftig wieder eine Rückkehr zum alten Schengen-Raum ohne stationäre Grenzkontrollen geben?



Seit Längerem verhängt Deutschland – wie einige andere EU-Staaten auch, stationäre Grenzkontrollen. Etwas, das es im Schengen-Raum eigentlich gar nicht, oder eben nur ausnahmsweise geben soll.

Bei MDRfragt verspürt allerdings die Mehrheit nicht den überbordenden Wunsch, zum alten Schengen-Raum ohne Grenzkontrollen zurückzukehren. Vielmehr gaben sechs von zehn Befragten an, es sollte eher keine Rückkehr zum grenzfreien EU-Binnenverkehr geben.

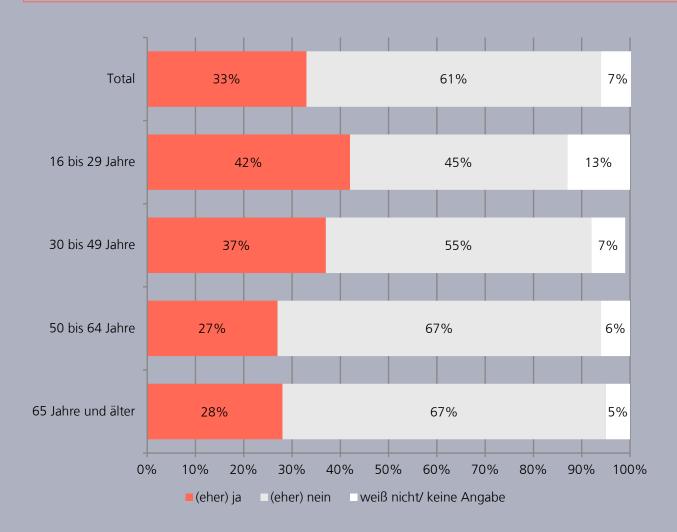
Nur knapp halb so groß war der Anteil derjenigen, die sich hingegen das Europa ohne stationäre Grenzkontrollen wünschen.

Jahresvergleich: Damit bleibt das Meinungsbild der MDRfragt-Gemeinschaft im Vergleich zu früheren Zeitpunkten stabil: Als wir im April 2024 die gleiche Frage gestellt haben, war die Verteilung sehr ähnlich. Knapp ein Drittel (30 Prozent) war für oder eher für eine Rückkehr zum Schengen-Raum ohne Grenzkontrollen; rund doppelt so hoch war der Anteil derjenigen (62 Prozent), die nicht zu einem Europa ohne Binnen-Grenzkontrollen zurück wollen.

Jüngere wollen häufiger kontrollfreien Schengen-Raum zurück



Frage: Mehrere EU-Staaten haben wieder stationäre Grenzkontrollen eingeführt, neben Deutschland etwa Dänemark, Frankreich oder Österreich. Gleichzeitig gelten freies Reisen und freier Güterverkehr innerhalb des Schengen-Raums als große Errungenschaft in Europa. Alles in allem – wie sehen Sie das: Sollte es aus Ihrer Sicht künftig wieder eine Rückkehr zum alten Schengen-Raum ohne stationäre Grenzkontrollen geben? **(Auswertung nach Altersgruppen)**



Wenn wir in die Altersgruppen blicken, dann zeigt das MDRfragt-Stimmungsbild: Jüngere wünschen sich häufiger eine Rückkehr zum Schengen-Raum, wie er gedacht ist, also ohne stationäre Grenzkontrollen.

Bei den 16- bis 29-Jährigen sind jene, denen der kontrollfreie Schengen-Raum eher wichtig ist (42 Prozent) fast gleich auf mit denjenigen, denen die Grenzkontrollen innerhalb der EU nicht so viel ausmachen (45 Prozent).

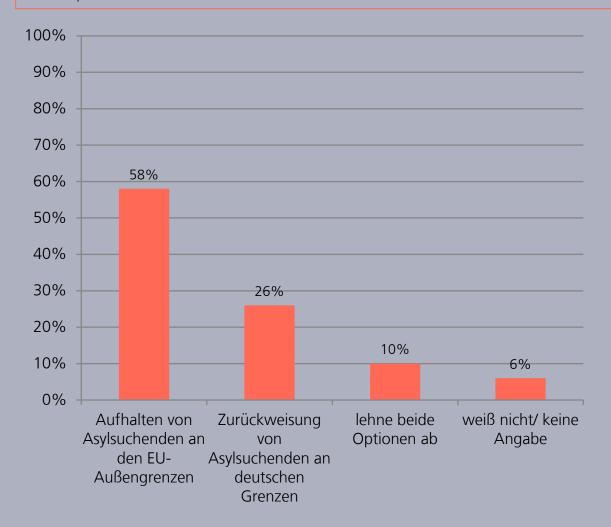
Bei den 30- bis 49-Jährigen findet es dann schon mehr als die Hälfte der Befragten (55 Prozent) nicht mehr so wichtig, zum alten Schengen-Raum zurückzukehren; während das fast vier von zehn Befragten eher wichtig wäre.

Bei den Befragten über 50 Jahre wird es noch eindeutiger: Zwei Drittel der Befragten sind gegen oder eher gegen eine Rückkehr zum kontrollfreien Schengen-Raum. Gut jede und jeder Vierte will die schrankenfreie Reisefreiheit in der EU zurück.

Mehrheit dafür, Asylsuchende an Außengrenzen aufzuhalten statt deutscher Zurückweisung



Frage: Mit der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik und dem Fokus auf Asylverfahren an den EU-Außengrenzen sollen nur noch Asylsuchende in die EU kommen, deren Asylantrag beim Verfahren an der Grenze erfolgreich ist. Vorher soll faktisch kein Grenzübertritt in die EU möglich sein. Seit einigen Monaten gibt es in Deutschland die Diskussion, ob die Bundespolizei auch Asylsuchende an der deutschen Grenze zurückweisen soll. Wenn Sie zwischen Aufhalten von Asylsuchenden an der EU-Außengrenze oder Zurückweisung an den deutschen Grenzen wählen müssten: Welche der beiden Optionen halten Sie für sinnvoller?



In der Bundespolitik läuft die Diskussion, ob
Deutschland gemeinsam mit den EU-Partnerinnen und
Partnern eine Lösung finden sollte, um die irreguläre
Migration zu bekämpfen; oder ob Deutschland an
seinen innereuropäischen Grenzen Asylsuchende
zurückweisen sollte.

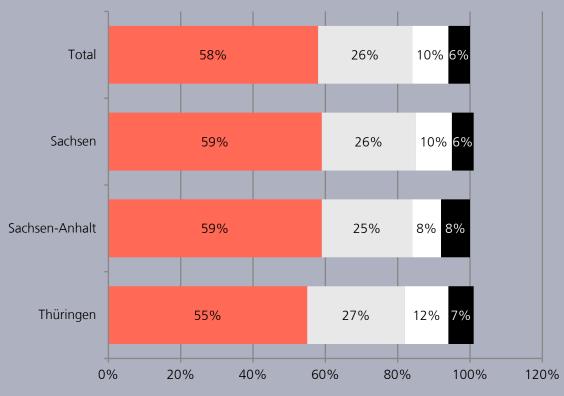
Das ist nicht nur eine politische Frage, auch Juristinnen und Juristen streiten, ob diese Praxis rechtlich zulässig wäre. Auch Vertreterinnen und Vertreter der Bundespolizei zweifeln, ob das in der Praxis personell zu stemmen wäre.

Im MDRfragt-Stimmungsbild tendiert die Mehrheit dazu, Asylsuchende – etwa über die geplanten Grenzverfahren – bis zur Entscheidung über den Asylantrag an den EU-Außengrenzen aufzuhalten. Sechs von zehn Befragten halten das für die bessere Option. Jede und jeder Vierte präferiert hingegen die Zurückweisung von Asylsuchenden an den deutschen Grenzen. Jede und jeder Zehnte lehnt beide Optionen ab.

Länder-Vergleich: Aufhalten an EU-Außengrenzen oder Zurückweisen an den deutschen Binnengrenzen



Frage: Mit der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik und dem Fokus auf Asylverfahren an den EU-Außengrenzen sollen nur noch Asylsuchende in die EU kommen, deren Asylantrag beim Verfahren an der Grenze erfolgreich ist. Vorher soll faktisch kein Grenzübertritt in die EU möglich sein. Seit einigen Monaten gibt es in Deutschland die Diskussion, ob die Bundespolizei auch Asylsuchende an der deutschen Grenze zurückweisen soll. Wenn Sie zwischen Aufhalten von Asylsuchenden an der EU-Außengrenze oder Zurückweisung an den deutschen Grenzen wählen müssten: Welche der beiden Optionen halten Sie für sinnvoller?



- Aufhalten von Asylsuchenden an den EU-Außengrenzen
- Zurückweisung von Asylsuchenden an deutschen Grenzen
- lehne beide Optionen ab
- weiß nicht/ keine Angabe

Ein Blick in die einzelnen Bundesländer im MDR-Sendegebiet zeigt: Grundsätzlich ist das Meinungsbild unter den Befragten in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ziemlich ähnlich.

Unter den sächsischen Befragten sechs von zehn Befragte die Option vor, Asylsuchende gleich an den EU-Außengrenzen aufzuhalten. Das sind mehr als doppelt so viele wie jene Befragte, die es besser finden, wenn die Asylsuchenden an den deutschen Grenzen zurückgewiesen werden. Jede und jeder zehnte Befragte aus Sachsen lehnt beide Optionen ab.

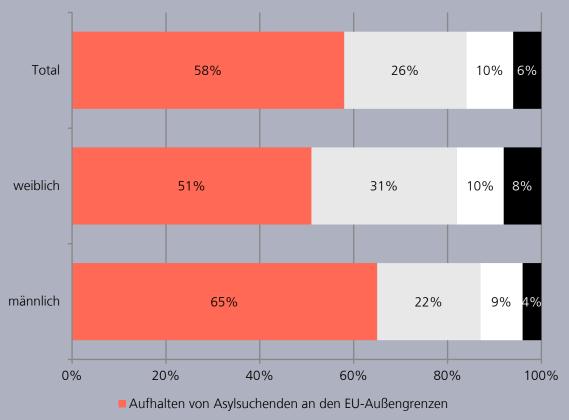
Im Stimmungsbild aus Sachsen-Anhalt zeigt sich ebenfalls eine klare Präferenz dazu, Asylsuchende an den EU-Außengrenzen aufzuhalten: Sechs von zehn Befragte aus Sachsen-Anhalt ziehen diese Option vor. Weniger als halb so viele, nämlich ein Viertel der Befragten, würde lieber Asylsuchende an der deutschen Grenze zurückweisen. Weniger als einer von zehn Befragten (8 Prozent) lehnt beide Optionen ab.

In Thüringen ist etwas mehr als jede und jeder Zweite(55 Prozent) dafür, Asylsuchende an den EU-Außengrenzen aufzuhalten, etwa halb so groß ist der Anteil derjenigen, die eher für Zurückweisung an den deutschen Grenzen (27 Prozent) sind. Mehr als jede und jeder Zehnte (12 Prozent) lehnt beide Optionen ab.

Männer häufiger für EU-Option



Frage: Mit der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik und dem Fokus auf Asylverfahren an den EU-Außengrenzen sollen nur noch Asylsuchende in die EU kommen, deren Asylantrag beim Verfahren an der Grenze erfolgreich ist. Vorher soll faktisch kein Grenzübertritt in die EU möglich sein. Seit einigen Monaten gibt es in Deutschland die Diskussion, ob die Bundespolizei auch Asylsuchende an der deutschen Grenze zurückweisen soll. Wenn Sie zwischen Aufhalten von Asylsuchenden an der EU-Außengrenze oder Zurückweisung an den deutschen Grenzen wählen müssten: Welche der beiden Optionen halten Sie für sinnvoller? **(Auswertung nach Geschlecht)**



- Zurückweisung von Asylsuchenden an deutschen Grenzen
- ☐ lehne beide Optionen ab
- weiß nicht/ keine Angabe

Wenn wir etwas genauer in das MDRfragt-Stimmungsbild schauen, zeigen sich leichte Verschiebungen bei den Stimmungstrends nach Geschlechtern:

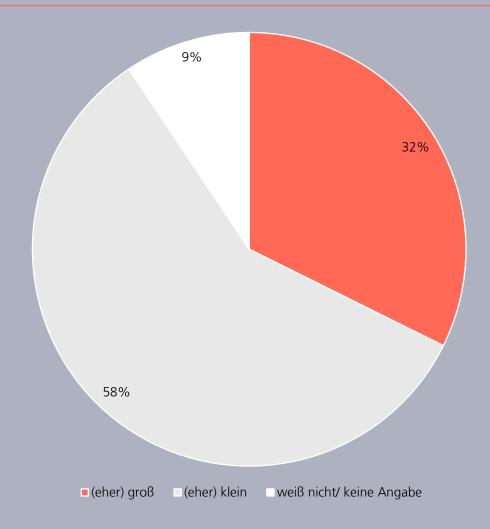
Männliche Befragte bevorzugen die EU-Option vor dem nationalen deutschen Weg häufiger als Frauen. Konkret sind zwei Drittel der Männer eher dafür, Asylsuchende an der EU-Außengrenze aufzuhalten. Bei den Frauen sind es gut die Hälfte der Befragten.

Parallel dazu sind gut drei von zehn weiblichen Befragte (31 Prozent) eher dafür, Asylsuchende an der deutschen Außengrenze zurückzuweisen. Bei den Männern sind es etwas mehr als zwei von zehn Befragten (22 Prozent).

Jeder Dritte fürchtet, Migrationsdebatte könnte abschrecken



Frage: Aktuelle Debatten über Flüchtlinge und Zugewanderte werden mitunter sehr hart geführt. Einige sagen, es ist wichtig, beim Thema Migration umzusteuern. Andere warnen vor fremdenfeindlichen Tönen und davor, dass ausländische Fachkräfte und Familien durch die Art der Debatte abgeschreckt werden könnten, in Deutschland zu bleiben oder hierherzukommen. Dabei klagt Deutschlands Wirtschaft über anhaltenden Fach- und Arbeitskräftemangel und betont, in vielen Bereichen auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen zu sein. Wie sehen Sie das: Wie klein oder groß ist Ihre Sorge, dass die aktuelle Migrations-Debatte Fachkräfte ohne deutschen Pass abschreckt, in Deutschland zu arbeiten?



In der aktuell oft sehr aufgeheizten Debatte über den richtigen Kurs in der Migrations- und Asylpolitik wird auch immer wieder davor gewarnt, dass eben dieses aufgeheizte Klima Fach- und Arbeitskräfte ohne deutschen Pass abschrecken könnte, weiter in Deutschland zu arbeiten oder zum Arbeiten nach Deutschland zu kommen.

Im aktuellen MDRfragt-Stimmungsbild teile jede und jeder Dritte diese Sorge – und sind damit in der Minderheit.

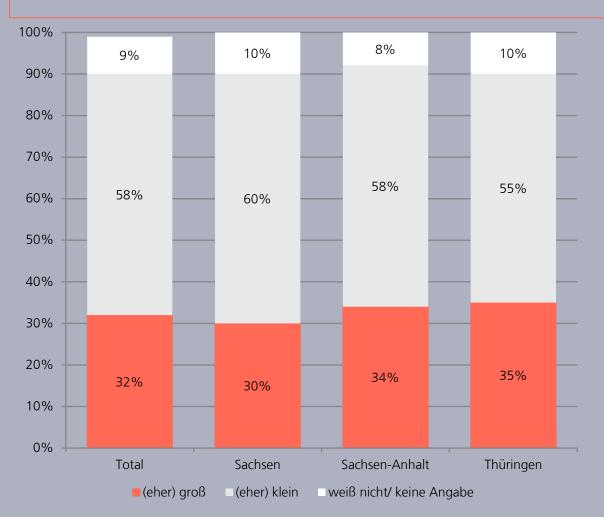
Fast sechs von zehn Befragten machen sich eher keine Sorgen, dass ausländische Arbeits- und Fachkräfte sich nicht mehr willkommen fühlen und abgeschreckt sein könnte.

Knapp jede und jeder Zehnte positioniert sich in dieser Frage nicht.

Bundesländer-Vergleich: Schreckt Migrations-Debatte ab?



Frage: Aktuelle Debatten über Flüchtlinge und Zugewanderte werden mitunter sehr hart geführt. Einige sagen, es ist wichtig, beim Thema Migration umzusteuern. Andere warnen vor fremdenfeindlichen Tönen und davor, dass ausländische Fachkräfte und Familien durch die Art der Debatte abgeschreckt werden könnten, in Deutschland zu bleiben oder hierherzukommen. Dabei klagt Deutschlands Wirtschaft über anhaltenden Fach- und Arbeitskräftemangel und betont, in vielen Bereichen auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen zu sein. Wie sehen Sie das: Wie klein oder groß ist Ihre Sorge, dass die aktuelle Migrations-Debatte Fachkräfte ohne deutschen Pass abschreckt, in Deutschland zu arbeiten? (Auswertung nach Bundesland)



Machen sich die Befragten Sorgen, dass Deutschland ausländische Arbeitskräfte verlieren oder gar nicht erst gewinnen könnte, weil der hiesige Migrations-Diskurs abschreckt?

Im MDRfragt-Stimmungsbild für Sachsen zeigt sich: Drei von zehn Befragte sehen diese Gefahr, doppelt so viele machen sich darüber wenig bis keine Sorgen.

In Sachsen-Anhalt ist ein Drittel der dortigen MDRfragt-Gemeinschaft durchaus besorgt, dass der aktuelle Migrations-Diskurs Arbeitskräfte ohne deutschen Pass abschreckt; mehr als jede und jeder Zweite macht sich da wenig Sorgen.

Auch im MDRfragt-Meinungsbild aus Thüringen ergibt sich, dass die Sorgenarmen in der Mehrheit sind: Gut die Hälfte der Befragten machen sich kaum Sorgen, dass die aktuelle Migrations-Debatte Fachkräfte ohne deutschen Pass abschreckt, hier zu arbeiten. Mehr als ein Drittel macht sich diese Sorgen sehr wohl.

Deutschland wählt – was zählt für Sie?





Wer hat sich an dieser Befragung beteiligt?

nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre: 220 30 bis 49 Jahre: 3.118 50 bis 64 Jahre: 10.170 65 Jahre&älter: 12.934

nach Bundesländern:

Sachsen: 13.562 (51 Prozent)
Sachsen-Anhalt: 6.463 (24 Prozent)
Thüringen: 6.417 (24 Prozent)

Thüringen: 6.417 (24 Prozent)

nach Geschlecht:

weiblich: 11.202 (42 Prozent) männlich: 15.178 (57 Prozent)

divers: 62 (0,3 Prozent)



MDRfragt ist ein Dialogangebot des Mitteldeutschen Rundfunks. Am Meinungsbarometer soll sich Jede und Jeder beteiligen können, der mindestens 16 Jahre alt ist und im MDR-Sendegebiet wohnt. Dieser Ansatz einer möglichst breiten Beteiligung sorgt dafür, dass die Ergebnisse der Befragungen laut Definition nicht repräsentativ sind.

Gleichzeitig gilt: Die Stimmungsbilder von MDRfragt sind aussagekräftig und können Meinungstendenzen und Stimmungen im Sendegebiet aufzeigen. Dabei hilft auch, dass die Ergebnisse nach bewährten wissenschaftlichen Kriterien anhand verschiedener Merkmale wie Alter, Geschlecht oder Bildungsgrad gewichtet werden, um sie an die Verteilung in der mitteldeutschen Bevölkerung anzupassen.

MDRfragt wird wissenschaftlich beraten und begleitet, beispielsweise durch regelmäßige Validitätstests. Mehr zur Methodik mdrfragt.de. Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.